

Bischöfe und Union entfremden sich

VON MARKUS DEMELE

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Politikfelder, in denen die C-Parteien inhaltlich nicht mit den deutschen Bischöfen übereinstimmen, stetig gewachsen. Ein Dauerkonflikt ist die Frage der Rüstungsexporte und in welchem Maße wirtschaftliche Interessen im Inland gegenüber der Inkaufnahme von Krieg im Ausland dominieren dürfen. In der Landwirtschaftspolitik fordern die bischöflichen Hilfswerke schon lange eine Wende hin zu einer Agrarökologie, die den Landwirten hilft, nachhaltig und gegen Wetterextreme widerstandsfähig zu produzieren. Auch eine verfehlte europäische Subventionspolitik, die den internationalen Wettbewerb in der Landwirtschaft zuungunsten der wirtschaftlich ärmeren Länder des Globalen Südens verzerrt, wird seitens der katholischen Kirche kritisiert.

Seit seiner Enzyklika „Laudato si“ hat Papst Franziskus auch die deutsche Ortskirche inspiriert, sich dringlicher dem Klima- und Umweltschutz zuzuwenden.

Unser gegenwärtiges Produktions- und Konsumsystem steht in der Kritik, weil es ökologische und soziale Kosten der Allgemeinheit, der Umwelt und sehr oft den Menschen aufdrückt, die eh schon am Rande der globalen Gesellschaft leben.

Das Ringen um ein Lieferkettengesetz ist das aktuell prominenteste Beispiel für diese Debatte.

Es soll große deutsche Unternehmen verpflichten, nach besten Möglichkeiten sorgfältig zu prüfen, ob entlang ihrer Wertschöpfungskette Menschen- und Umweltrechte geachtet werden. „Es sind 50 Sklaven pro Kopf, die für unseren Wohlstand arbeiten“, beschreibt Entwicklungsminister Müller die derzeitigen Produktionsbedingungen und sieht sich dennoch Widerstand in seiner eigenen Fraktion gegenüber. Bisher scheitert der Beschluss des Gesetzes im Bundestag allein an der Blockade prominenter Unionspolitiker.

Auch die Flüchtlingspolitik ist ein Dissonanzfeld zwischen C-Parteien und dem deutschen Episkopat. Schon 2015 auf dem Höhepunkt der Flucht-Krise konnten die Unterschiede zwischen dem auf Grenzschließung bedachten Innenministerium und bayerischer Staatsregierung sowie den deutschen Bischöfen kaum größer sein.

Gemeinsam mit vielen weiteren Gläubigen lebten sie die Willkommenskultur und brachten das Evangelium zum Strahlen.

Auch nach dem Brand des griechischen Lagers in Moria lassen die deutschen Bischöfe den Verweis auf eine notwendige europäische Lösung nicht gelten. Sie können nicht hinnehmen, dass Kinder, Frauen und Männer auf den Straßen von Lesbos schlafen müssen.

Die Dringlichkeit einer sozial-ökologischen Transformation unserer Wirtschafts- und Lebensweise ist vielen Christen schon lange einsichtig. Auch der deutsche Episkopat positioniert sich über alle Politikfelder hinweg immer deutlicher für einen nachhaltigen Wandel. Verbindendes Element ist der Gerechtigkeitsanspruch, den die Katholische Soziallehre formuliert. Diese Gerechtigkeit gilt auch gegenüber den Menschen an weit entfernten Orten der Welt, sie gilt für jene, die es in diesem Strukturwandel besonders schwer haben, und sie gilt für die kommenden Generationen. Sie ist genuin christlich.



Der Autor ist Generalsekretär des Internationalen Kolpingwerkes.

Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle. Foto: Privat